

Protektionismus ist auch für die Schule nicht förderlich

Hector Herzig, Gemeindepräsident Langenbruck, GLP

Ich werde bei der Abstimmung über die «Änderung des Bildungsgesetzes vom 6. April 2017 betreffend Streichung der pauschalen Beiträge zum Besuch von Privatschulen» mit Überzeugung Nein stimmen.

Mit dieser Abstimmung soll das Bildungsgesetz dahingehend angepasst werden, dass die Beiträge an den Privatschulbesuch von Schülerinnen und Schülern gestrichen werden. Eine Härtefallklausel soll die Unterstützung für Kinder aus wirtschaftlich schwachen Verhältnissen auch in Zukunft möglich machen.

Die Hauptgründe für mein Nein sind nicht die Finanzen des Kantons. Der Spareffekt ist nämlich reine Augenwischerei. Der Kanton spart im Endeffekt mit allen Schülerinnen und Schülern, die Privatschulen besuchen, eine Stange Geld.



«Konkurrenz spornt an und würde zu einem effizienteren Bildungswesen führen.»

Nein. Mein Nein basiert auf der Überzeugung, dass unsere Schulen dringend mehr Wettbewerb brauchen und dass die Abschaffung des letzten Funkens von Konkurrenz den wasserdichten Protektionismus in der Baselbieter Bildungslandschaft perfekt machen.

Der Wettbewerb in der Schullandschaft über die Möglichkeit der freien Schulwahl innerhalb der öffentlichen Schulen wäre für alle Beteiligten ein Gewinn und äusserst wertvoll. Eine gesunde Konkurrenz spornt nämlich an und würde zu einem wettbewerbsfähigen, effi-

zienteren Bildungswesen führen. Einem Bildungswesen, das den Auftrag des Staates, jedem Kind «seinen Bildungsweg» zu ermöglichen, wahrnehmen könnte.

Eine zeitgemässe Bildung beruht nicht auf begradigten Lehrplänen. Eine zeitgemässe Bildung lässt den Kindern Zeit und Musse, ihr Potenzial zu entdecken und es zu kultivieren, damit ein sinnvoller Lebensentwurf möglich wird. Um dies zu realisieren, braucht die einzelne Schule wesentlich mehr Autonomie und einen massiven Abbau von Bürokratie. Dies würde automatisch zu Innovation, Qualitätssteigerung und einer Profilierung führen. Mehr Eigenverantwortung würde zudem das unternehmerische Engagement der Schulen fördern und die Lehrpersonen könnten endlich wieder ihren Job machen und würden nicht mehr und mehr im bürokratischen Sumpf versinken.

Ich stimme also Nein, weil die Abschaffung der Beiträge für Privatschulen ein falsches Zeichen setzt respektive das aktuelle Schulsystem noch stärkt. Ein Schulsystem, das Schülerinnen und Schüler aus dem 21. Jahrhundert mit einer Lerndidaktik aus dem späteren 20. Jahrhundert unterrichtet.